

Aus dem Verein für Socialpolitik

Erik Grimmer-Solem*

Der Verein für Socialpolitik von seinen Anfängen bis Ende des Ersten Weltkriegs – ein Überblick

<https://doi.org/10.1515/wpp-2023-0001>

Zusammenfassung: In diesem Aufsatz gibt Erik Grimmer-Solem einen Überblick über die Geschichte des Vereins für Socialpolitik von der Zeit noch vor seiner Gründung im Jahr 1873 bis 1918. Zunächst geht er der sozialen Frage und den Impulsen nach, welche die deutsche Gesellschaft, die Universitäten, die amtliche Statistik und die „Kathedersozialisten“ für Sozialreform gaben, um die Entstehung des Vereins zu erklären. Danach analysiert und interpretiert er die Arbeitsweise und den Einfluss des Vereins auf die Sozialgesetzgebung, bespricht aber auch die wichtigsten Kontroversen, die den Verein durchrüttelten, ebenso wie die Auswirkung des Ersten Weltkriegs auf dessen Tätigkeit. Abschließend beschreibt und erläutert er die Themenfelder, die der Verein untersuchte, um deren Bedeutung für die Entwicklung der Sozialwissenschaften und Nationalökonomie einzuschätzen.

JEL-Klassifikation: B15, D63, H53, N33

Schlüsselwörter: Arbeiterfrage, Kathedersozialismus, Sozialreform, Staatswissenschaften, Verein für Socialpolitik

1 Der Hintergrund: Die soziale Frage, die ökonomische Wissenschaft und die amtliche Statistik

Um den eigentümlichen Namen des heutigen Fachverbandes deutschsprachiger Wirtschaftswissenschaftler zu verstehen, muss man weit zurück in die Geschichte Deutschlands blicken – und zwar zurück bis zum Jahr 1870, als weite Teile Deutschlands eine rasante Industrialisierung und Urbanisierung erlebten. Dieser Wandel stellte die

damalige Gesellschaft und die Staaten des Zollvereins vor große Herausforderungen. In der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften war diese Zeit darüber hinaus als Scheideweg von Bedeutung: Das Paradigma der klassischen Nationalökonomie erwies sich aus Sicht einer zunehmenden Zahl deutscher Ökonomen als mangelhaft, um diesen Transformationsprozess und seine Herausforderungen zu verstehen oder gar befriedigende Antworten zu liefern.

Bis 1870 hatte der Wirtschaftsliberalismus, dem die klassische Nationalökonomie ihre wissenschaftliche Rechtfertigung gab, große Teile des deutschen Bürgertums überzeugt und die Staatsverwaltung sowohl Preußens als auch der mittleren und kleineren deutschen Staaten in der Wirtschaftspolitik ausschlaggebend beeinflusst. Der Zollverein, der Eisenbahnbau, die zunehmend komplexe Arbeitsteilung, der florierende Europa- und Welthandel und nicht zuletzt die Einführung industrieller Technik und Arbeitsmethoden waren Früchte dieser Politik. Der im Jahr 1858 gegründete Kongress deutscher Volkswirte, der viele Vertreter der ökonomischen Wissenschaft sowie führende liberale Journalisten und Politiker in jährlichen Tagungen zusammenbrachte, war zu dieser Zeit das einflussreichste Sprachrohr dieser Politik, die zunehmend auf nationale Einigung zielte und in deren Wirkungsfeld 1866 die Nationalliberale Partei gegründet wurde (Hentschel 1975).

Parallel dazu gab es eine lange Tradition besorgter deutscher Kritiker kommerziellen und industriellen Umbruchs, die in der zunehmenden Urbanisierung, Ungleichheit der Einkommen, Zerklüftung der Gesellschaft sowie im Verschwinden des altständischen Mittelstands gesellschaftliche Schäden und revolutionäre Gefahren sahen. Neben Karl Marx seien hier Friedrich Harkort, Victor Huber, Wilhelm v. Ketteler, Gustav Mevissen, Lorenz v. Stein, Josef v. Radowitz und Wilhelm Heinrich Riehl zu nennen. Schon 1844 entstand der „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“, um die Armenfürsorge besser zu koordinieren. „Soziale Fragen“ und bürgerliche Reformbestrebungen können also in Deutschland bis zum Vormärz von 1848 zurückverfolgt werden. Sie hatten das Weltbild des deutschen Bürgertums um 1870 stark geprägt. Die „Arbeiterfrage“ – das heißt der ganze gesellschaftliche Komplex von der Entstehung einer

*Kontaktperson: Erik Grimmer-Solem, Wesleyan University, College of Social Studies, 330 High Street, Middletown, CT 06459, USA, E-Mail: egrimmer@wesleyan.edu

industriellen Arbeiterklasse bis hin zu den ersten Schritten solidarischer Organisation der Arbeiter und der Entwicklung der Sozialdemokratie – bildete nur ihre neueste Form (Conze 1968 und Grimmer-Solem 2003, S. 108–18).

Um den deutschen Kontext der Sozialreformbewegung und die besondere Rolle zu erfassen, die Ökonomen damals sowohl darin als auch in der Gründung des Vereins für Socialpolitik spielten, gilt es die Besonderheit der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung im damaligen deutschsprachigen Raum in den Blick zu nehmen. Die Nationalökonomie beziehungsweise die Volkswirtschaftslehre mit ihren klassischen Lehren vorwiegend britischer Provenienz (Smith, Ricardo, Malthus und Mill) waren um 1870 keine eigenständigen Fächer mit entsprechenden Universitätsabschlüssen, sondern Teile einer breiteren Sammelwissenschaft namens „Staatswissenschaften“. Die Staatswissenschaften wiederum hatten ihren Ursprung im Kameralismus des 18. Jahrhunderts als Vorbereitung für den Staatsdienst. Sie hatten deshalb eine enge Anbindung zum Recht und eine ausgeprägte Praxisnähe. Es ging darum, Studenten für die Verwaltung von Staatsgütern, -forsten und -minen, für die Staatsfinanzen, die Regulierung von Handel und Gewerbe („Polizeywissenschaft“) und die Einführung neuer technischer Verfahren vorzubereiten (Lindenfeld 1997, S. 11–43; in größerem Detail Tribe 1988).

Trotz der zunehmenden Durchdringung des Bürgertums und des freien Marktes in der Gesellschaftsordnung des 19. Jahrhunderts und trotz der Popularität der auf britischen Vorbildern beruhenden Nationalökonomie blieben die Staatswissenschaften in ihren groben fachlichen Konturen und ihrer Praxisnähe in den deutschen Universitäten lange intakt, auch wenn ihre Subdisziplinen der Zeit angepasst wurden. Die Nationalökonomie wurde zwar in die Staatswissenschaften als allgemeines theoretisches Fach integriert, sie war dabei aber nur ein Teil eines Studiengangs, in dem neben dem Recht praktische Fächer wie Landwirtschaft, Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik sowie wirtschaftliche Verwaltungslehre weiterhin zur Grundlage gehörten (Grimmer-Solem 2003, S. 43). Dieser Sachverhalt erklärt sich auch dadurch, dass die meisten Studierenden der Staatswissenschaften nebenbei Recht studierten, sich für das Staatsexamen vorbereiteten und eine Beamtenlaufbahn anstrebten. Nur eine Minderheit promovierte und habilitierte sich in den Staatswissenschaften, um eine Gelehrtenkarriere anzustreben. Der Kernpunkt der Ausbildung bestand darin, dass die Wirtschaft stets in ihrem staatlichen und rechtlichen Rahmen zu begreifen war und helfend-akkommodierende öffentliche Einrichtungen zum Selbstverständnis der wirtschaftlichen Ordnung gehörten. Dies war auch das Weltbild, das dieses Studium vermittelte. Dieses Bild wurde durch die lange Tradition der „Reform

von oben“ in deutschen Staaten wie Preußen historisch legitimiert. Es darf deshalb nicht verwundern, dass es Staatswissenschaftler waren, die an der Spitze der Sozialreformbewegung im neuen Kaiserreich standen.

Ein weiterer, noch wichtigerer Impuls für den Verein für Socialpolitik entsprang der amtlichen Statistik. Die mit Abstand einflussreichste Person war dabei der Statistiker Ernst Engel, der seit 1860 das „Königlich-Preussische Statistische Bureau“ in Berlin leitete. Unter Engel wurde das „Bureau“ mit seinen innovativen Erhebungsmethoden (Zählkarten), seinem Seminar, seiner umfangreichen Spezialbibliothek, seiner eigenen wissenschaftlichen Zeitschrift und seinen Exkursionen in die Fabriken und Arbeiterviertel Berlins zum dynamischsten sozialwissenschaftlichen Institut im deutschen Sprachgebiet. Engel genoss in ganz Europa als Statistiker (Engel'sches Gesetz) Ansehen und verfügte durch seine Organisation internationaler statistischer Kongresse über hervorragende Kontakte ins Ausland (Grimmer-Solem 2003, S. 62–65, und Schneider 2013, S. 70–156). Das statistische Seminar und seine Bibliothek wurde für den nationalökonomischen Nachwuchs der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, der später führende Rollen in der Gründung und Leitung des Vereins für Socialpolitik einnahm, zum Knotenpunkt von kaum zu überbietender Bedeutung: Lujo Brentano, Adolf Held, Gustav Schmoller, Gustav Schönberg und Adolph Wagner waren an Kursen oder Forschungsprojekten des statistischen Seminars in dieser Zeit beteiligt. Sie lernten einander dort kennen und wurden so mit den besonders prekären sozialen Zuständen Berlins direkt vertraut gemacht (Herold 2019, S. 128–34).

Die amtliche Statistik unter der Leitung von Engel, der selbst engagierter liberaler Politiker und Reformers war, vermittelte die Überzeugung, dass soziale Probleme Massenphänomene der Arbeitsteilung waren, deren Ursachen man untersuchen und durch soziale Reformen beheben konnte. Dieser Kontakt mit der Statistik leitete eine neue statistisch-empirische Orientierung für die Nationalökonomie ein, die neues Wissen hervorzubringen versprach. Diese Wissenschaftsentwicklung knüpfte methodologisch an die rasanten damaligen Erfolge der Naturwissenschaften an, die durch empirische Feldforschung und Laborexperimente in der Biologie (Darwin), der Chemie (Liebig) und der Physik (Maxwell) zustande kamen. Die klassische Nationalökonomie erschien demgegenüber als veraltetes, dogmatisches Fach, das kaum fähig war, neues Wissen zu schaffen (Grimmer-Solem 2003, S. 118–36, 154–60).

Die klassische Nationalökonomie und der Wirtschaftsliberalismus entwickelten wenig Verständnis für die Besonderheiten des Arbeitsmarkts; wie Lujo Brentano zeigte, war der Proletarier bei sinkenden Lohnsätzen nicht in der Lage, sein Arbeitsangebot zu reduzieren, wie es das normale

Angebotsverhalten auf anderen Märkten wäre. Arbeitsreduzierung galt als Kontraktbruch und Kündigungsgrund, Gewerkschaften waren untersagt und ihre Streikaktionen gesetzlich strafbar (Brentano 1871). Gustav Schmoller zeigte zudem, wie der technische Fortschritt das Handwerk aushöhle und Dauerarbeitslosigkeit verursachte, die ganze Regionen in Mitleidenschaft zog. Gymnasien und Universitäten wurden vom Staat großzügig finanziert, doch man vernachlässigte die Gewerbeschulen und das Lehrlingswesen, mit dem das Handwerk an industrielle Methoden anzupassen gewesen wäre (Schmoller 1870a, 1870b). Die betriebliche Haftpflicht für Arbeitsunfälle war für Arbeiter vor Gericht sehr schwer einzuklagen. Die Löhne reichten kaum aus, um für Arbeitsunfähigkeit, geschweige denn für das Alter oder Hinterbliebene vorzusorgen. Die Spekulation trieb Immobilienpreise und Mieten in die Höhe, aber die Besteuerung nahm auf den hohen Ausgabenanteil für Mieten oder Lebensmittel im Budget einer Arbeiterfamilie keine Rücksicht. Gustav Schönberg (1871) forderte den Staat auf, Arbeitsämter zu gründen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen genauer zu untersuchen und durch konsequente Reformmaßnahmen zu bessern.

Solche Missstände standen für Männer wie Brentano, Schmoller und Schönberg nicht nur im krassen Widerspruch zur klassischen Nationalökonomie mit ihrem Versprechen von Harmonie und Ausgleich; sie sahen darin auch Zustände, welche die Arbeiterklasse verrohten, bürgerliche Normen der Sittlichkeit sowie der Gerechtigkeit verletzten und so die Gesellschaftsordnung beeinträchtigten. Dies machte in ihren Augen die Arbeiterschaft für sozialistische Utopien anfällig, die eine Umwälzung der bestehenden Gesellschafts- und Staatsform herbeizuführen drohten. Allerdings gehörten viele dieser Ideen schon Mitte der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts zum deutschen „Mainstream“: Die ehrwürdigen liberal-konservativen „Preußischen Jahrbücher“ veröffentlichten schon damals einen langen Aufsatz von Gustav Schmoller über die Arbeiterfrage, der einer gebildeten deutschen Leserschaft viele dieser sozialen Probleme vorstellte und sie politisch thematisierte (Herold 2019, S. 103–05, und Schmoller 1864–65).

Um es auf einen Punkt zu bringen: Das Bedürfnis, die wirtschaftliche und soziale Realität durch gründliche empirische und statistische Forschung zu erfassen, statt sie bloß aus einem optimistisch-liberalen und deduktiven Standpunkt a priori zu konstruieren, um das „Laissez-faire“ zu rechtfertigen, bildete die Kernidee der Reformer, die den Verein für Socialpolitik gründeten. Aus ihrer Sicht hatte sich der Staat viel zu weit aus seinen sozialen Verpflichtungen zurückgezogen und zu einseitig die Besitzinteressen vertreten.

2 Der „Eisenacher Kongress“ und das erste Jahrzehnt des Vereins für Socialpolitik

Die Frage, wie eine Arbeiterschaft mit zunehmend sozialistischer politischer Orientierung in die bürgerliche Gesellschaft des Deutschen Reiches zu integrieren sei, war und blieb eine der größten politischen Herausforderungen nach der Reichsgründung 1871. Zusammen mit den als ultramontanen Dunkelmännern beschimpften Katholiken galten Sozialisten wegen ihrer internationalen Solidarität für viele Liberale und Konservative als „Reichsfeinde“. In der „Gründerzeit“ haben prominente liberale Journalisten wie Heinrich Bernhard Oppenheim den Sozialismus und seine bürgerlichen Sympathisanten scharf attackiert. Den jüngeren Ökonomen, die sich konstruktiv mit der Arbeiterfrage und dem Sozialismus auseinandersetzten, gab Oppenheim den Spottnamen „Kathedersozialisten“. Dies löste eine Fehde mit führenden jüngeren Vertretern der Bewegung wie Lujo Brentano, Gustav Schönberg und Adolph Wagner aus (Boese 1939, S. 1 f., Grimmer-Solem 2003, S. 171–73, Herold 2019, S. 142–52, Kesten-Conrad 1906, S. 34–46, McClellan 2022, S. 24–38, und Wittrock 1939, S. 152–60). Der Name blieb haften.

Die Idee zu einem „Gegenkongress“ deutscher Nationalökonomien mit kathedersozialistischen Sympathien lag nahe. Sie ging ursprünglich von dem Hamburger Journalisten Julius v. Eckardt aus, der sie mit Adolph Wagner besprach und alsbald weitere prominente Kollegen für das Vorhaben begeistern konnte, darunter Bruno Hildebrand, Lujo Brentano, Gustav Schmoller und Gustav Schönberg. Am 13. Juli 1872 versammelte sich ein Teil dieses Kreises zusammen mit einigen gleichgesinnten Beamten, Abgeordneten und Journalisten zu einer Besprechung im Hause Schmollers in Halle, um Vorbereitungen für eine Konferenz zur sozialen Frage zu treffen; diese wiederum fand dann am 6.–7. Oktober 1872 in Eisenach statt. Durch das Bemühen Schmollers und Brentanos wurde diese allerdings keine einseitig kathedersozialistische Konferenz, sondern eine Veranstaltung, in der unterschiedliche Ansichten zu Sozialreformen vertreten waren: auch die Positionen der liberaleren Freihändler, der gemäßigten Sozialisten und der Anhänger der Zentrumspartei. Zu den insgesamt 158 Teilnehmern dieses „Eisenacher Kongresses“ zählten nur 25 Professoren, darunter aber auch die renommierten Ökonomen Bruno Hildebrand, Karl Knies, Wilhelm Roscher und der Statistiker Ernst Engel. Als Zeichen der Bereitschaft zur Streitbeilegung wurde der Berliner Jurist Rudolf v. Gneist – Mitglied des Kongresses deutscher Volkswirte – zum Vorsitzenden gewählt. Zudem wurde ein geschäftsführender

Ausschuss gewählt, der mit der Vorbereitung eines permanenten Vereins im folgenden Jahr beauftragt war (Boese 1939, S. 2–6, Gorges 1986, S. 56–64, Grimmer-Solem 2003, S. 171–81, Herold 2019, S. 152–62, Kesten-Conrad 1906, S. 56–58, und McClellan 2022, S. 38–40).¹

Die Wahl Eisenachs als Tagungsort war nicht zufällig. Die marxistische Sozialdemokratische Arbeiterpartei wurde hier drei Jahre vorher gegründet. Die Tagung sollte der Arbeiterschaft und deutschen Öffentlichkeit zeigen, dass die Arbeiterfrage nicht nur Sozialisten beschäftigte. Dementsprechend betonte Schmoller in seiner Eröffnungsrede in Eisenach den „tiefen Zwiespalt“ zwischen Arbeiterklasse und Besitzbürgertum, der zu einer „sozialen Revolution“ führen könnte. Die brennenden Probleme der Arbeiterfrage könne weder der Nachwächterstaat liberaler Vorstellungen noch eine „alles verschlingende Staatsgewalt“ lösen. Man wolle nicht die bestehenden Formen der Produktion umstürzen oder die Gewerbefreiheit aufheben, aber auch nicht wegen doktrinärer Prinzipien Missstände dulden oder auf nötige Reformen verzichten. Schmoller verlangte eine konsequente Fabrikgesetzgebung mit Fabrikinspektoren, die Berücksichtigung der Arbeiterinteressen in Tarifverhandlungen, ein Bank- und Versicherungskontrollamt, staatliche Enqueten über soziale Zustände sowie eine Aufsicht und Verbesserungen im Bildungswesen und in den Wohnverhältnissen der unteren Klassen (Original abgedruckt in Boese 1939, S. 6–11). Der Kongress widmete sich drei der damals brennendsten Themen: erstens der Fabrikgesetzgebung, zweitens den Gewerkschaften und der Streikfrage sowie drittens der Wohnungsnot. Es trugen jeweils zwei Referenten vor, darunter Brentano über die Fabrikgesetzgebung, Schmoller über Gewerkschaften und

Engel über die Wohnungsnot (Boese 1939, S. 11, Grimmer-Solem 2003, S. 179 f., Herold 2019, S. 153–60, Kesten-Conrad 1906, S. 47 f., 58–62, und McClellan 2022, S. 41 f.).

Das öffentliche Echo des Eisenacher Kongresses war unerwartet groß. Sogar die preußische Regierung würdigte seine Ziele. Der Ausschuss des „Eisenacher Kongresses“ erließ daraufhin am 31. Mai 1873 einen Aufruf zur Gründung eines „Vereins für Socialpolitik“², der am 31. Oktober statuiert wurde und diesen Namen fortan trug (Aufruf abgedruckt in Boese 1939, S. 248 f.). Ein ständiger Ausschuss von 24 Mitgliedern, der am Ende der jährlichen Versammlung gewählt wurde, leitete ihn und bestimmte Vorsitzenden, Schriftführer und Schatzmeister. Der Ausschuss war mit der Durchführung der Beschlüsse des Vereins beauftragt und bestimmte die Themen und Referenten sowie die Tagesordnung der jährlichen Treffen. Bis 1876 war der Tagungsort Eisenach, danach traf man sich in verschiedenen Städten Deutschlands und Österreichs. Nachfolger Gneists als Vorsitzender wurde 1874 der Bonner Ökonom Erwin Nasse, und dieser wiederum wurde nach seinem Tod 1890 von Schmoller ersetzt. Schmoller hatte den Vorsitz bis zu seinem Tod 1917 inne und wurde rasch zur dominanten Persönlichkeit des Vereins. Auch sehr wichtig bei der Gründung und in der Führung des Vereins waren der Ökonom Adolf Held und der Verleger Carl Geibel. Besonders Geibel, der nach Helds plötzlichem Tod 1880 Schriftführer wurde, war für den Verein als wohlhabender Verlagsbuchhändler von großer Bedeutung: Sein Verlag Duncker & Humblot veröffentlichte (mit erheblicher Subvention) alle Gutachten, Untersuchungen und Tagungsverhandlungen des Vereins in der Reihe „Schriften des Vereins für Socialpolitik“ (Grimmer-Solem 2003, S. 74, 180, 183, 186–89, und Kesten-Conrad 1906, S. 62–70).

Für die Wahl der Themen und Referenten wurden nicht nur Wissenschaftler, sondern vor allem auch Praktiker mit unmittelbarer Erfahrung durch den ständigen Ausschuss herangezogen. Man förderte bewusst den Austausch zwischen Wissenschaftlern und Vertretern aus Handel und Industrie, Fürsorgeämtern, Arbeiterschaft, kommunalen Verwaltungsbeamten und Staatsverwaltung, um einen Konsens über soziale Fragen zu finden. In der Vorbereitung auf die Tagungen erhielten mehrere Gutachter Fragebögen zugestellt, um aus ihren Antworten möglichst verschiedene Gesichtspunkte zu einem Thema zu gewinnen. Die Gutachten wurden dann oft durch Enqueten und vertiefte empirische Untersuchungen ergänzt. Dieses Material wurde

¹ Auf die umfangreiche Literatur zur Gründungsgeschichte des Vereins kann hier nur ansatzweise hingewiesen werden. Die Erinnerungen von Brentano (1923 und 1931), v. Eckhard (1910), Knapp (1927), Ludwig-Wolf (1923) und Schmoller (1920) geben wertvolle Einblicke, sind aber an manchen Stellen unkritisch und lückenhaft. Die heute noch wertvolle Studie Kesten-Conrads (1906) gibt einen zeitnahen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Vereins und konzentriert sich auf die Vereinstätigkeit zur Arbeiterfrage vor 1900. Boese (1939) und Wittrock (1939) geben verlässliche, auf Quellen gestützte Versionen der Gründungsgeschichte wieder, die aber gelegentlich durch ostentativen Nationalstolz und unterschwelligem Antisemitismus gefärbt sind. Die Parteinahme für Gustav Schmoller tritt bei Boese zudem unverblümt hervor. Die Studie Lindenlaubs (1967) ist ausgewogener und basiert auch auf einer gründlichen Quellenforschung, beschränkt sich aber vorwiegend auf Kontroversen aus der Zeit von 1890 bis 1914. Plessen (1975) dagegen widmet sich in ihrer Studie der Zeit vor 1890 aus einer marxistischen Perspektive. Gorges (1986) konzentriert sich auf gesellschaftliche Einflüsse auf Methoden- und Themenwahl im Verein bis 1914. Die umfangreichste auf Quellen gestützte Geschichte des Vereins ist die Dissertation von McClellan (2022).

² Die Schreibweise des Vereinsnamens war im Zeitrahmen dieses Aufsatzes „Verein für Socialpolitik“ 1873–1909 und „Verein für Sozialpolitik“ 1910–1936. Der Einheitlichkeit halber verwende ich hier nur die 1873–1909 und heute übliche Schreibweise.

den Mitgliedern vor jeder Jahrestagung in gedruckter Form zugeschickt, damit man möglichst fundiert diskutieren konnte. Jedes Thema wurde einen ganzen Versammlungstag lang besprochen und debattiert. Abschließend fand eine Abstimmung über Resolutionen statt, die man dann als Anträge an die Regierungen weiterleitete.

Nach einer polarisierenden Debatte über die Zollpolitik im Jahr 1879 entschied man sich allerdings im Ausschuss, auf Abstimmungen fortan zu verzichten und nur die Ergebnisse der Verhandlungen zusammenzufassen. Seitdem vermied der Ausschuss kontroverse Themen der Tagespolitik und konzentrierte sich zunehmend auf wissenschaftliche Forschungen und Publikationen. Mit diesen Forschungsprojekten beauftragte der Ausschuss von nun an eine Person oder eine kleine Auswahl von Personen, die dann die dafür passenden Forschungsgruppen bildete (siehe hierzu Kesten-Conrad 1911, S. 146 f. und eingehender Kesten-Conrad 1906). Dabei interessierte sich der Verein auch schon früh für soziale Verhältnisse und Fallbeispiele aus dem Ausland; er gab entsprechende Untersuchungen darüber bei lokalen Experten in Auftrag. So entstand zum Beispiel die Studie des Yale-Dozenten Henry W. Farnams über amerikanische Gewerkschaften im Jahr 1879 als Band 18 der „Schriften“ (Grimmer-Solem 2019, S. 38–43).

Obwohl der Verein ursprünglich als Konkurrent zum Kongress deutscher Volkswirte und deren Politik der freien Marktwirtschaft aufgetreten war, lagen die Positionen in Wirklichkeit gar nicht so weit auseinander und das Verhältnis zwischen beiden Organisationen und deren Mitglieder blieb freundlich – auch weil viele Mitglieder des Kongresses zugleich Gründungsmitglieder des Vereins waren. Ein Abkommen im Jahr 1876 koordinierte die Tagungen beider Organisationen, um eine Beteiligung an beiden zu ermöglichen, so dass der Verein ab 1877 nur jedes zweite Jahr tagte. Zudem fand innerhalb des Kongresses eine Kehrtwende der Ansichten über Sozialreform statt. Sogar Heinrich Bernhard Oppenheim hieß die Reformvorschläge des Vereins auf der Jahrestagung 1877 gut. Im Jahr 1885 wurde der Kongress dann in den Verein integriert. Gewiss trug die wissenschaftlichere Richtung des Vereins ab 1879 zur Fusionierung bei, aber es war auch ein klares Zeugnis dessen, wie breit der Konsens für Sozialreform unter deutschen Ökonomen schon damals war (Boese 1939, S. 25–32, Grimmer-Solem 2003, S. 69, 185, 199, 202, und Kesten-Conrad 1906, S. 75–81).

3 Der Verein für Socialpolitik und die Sozialgesetzgebung

Die Sozialversicherungsgesetze der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren der auffälligste Beweis für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik zugunsten der Sozialreform, entsprangen aber einem Komplex sehr verschiedener Motivationen und Impulse. Zum einen wurden sie als Gegenstück zum Sozialistengesetz von Bismarck konzipiert, zum anderen waren sie eine Antwort auf das ungelöste Problem der Haftung für Betriebsunfälle, die an schon längst bewährte Institutionen wie die der Knappschaft und Hilfskasse anknüpfen konnte. Der Verein für Socialpolitik spielte eine indirekte, aber wichtige Rolle bei der Gestaltung dieser Gesetze. Den Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten staatlicher Initiativen herbeizuführen, war ein wichtiger Beitrag. Bei der Wahl des Versicherungsprinzips wie auch in der komplexen technischen Durchführung und Finanzierung der Unfall-, Kranken-, Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung blieben die beratenden Beamten Bismarcks zudem auf Gutachten, Enquêtes, Untersuchungen und Verhandlung des Vereins für Socialpolitik angewiesen. Die Reichsämter verfügten nur über sehr begrenzte Untersuchungsmöglichkeiten, und eine staatliche soziale Untersuchungsanstalt mit kompetenten Wissenschaftlern fehlte gänzlich, so dass man zu Recht von einer „Privatisierung der Sozialforschung“ im Deutschen Reich sprechen kann (Gorges 1986, S. 211 f.).

Von Bismarck mit der Ausarbeitung der Sozialversicherungsgesetzesvorlagen beauftragte hohe Beamte wie Robert Bosse, Karl-Heinrich v. Boetticher, Theodor Lohmann und Erich Woedke beteiligten sich aktiv am Verein. Lohmann, der die Unfallversicherungsvorlage entwarf, überzeugte sich von der Notwendigkeit eines Versicherungszwangs auf der Grundlage eingehender Studien und Verhandlungen des Vereins. Auch den Sorgen vor einem zentralisierten Bürokratismus konnte man mit der Hilfe von Vereinsuntersuchungen und -verhandlungen sowie durch Lohmanns Initiative begegnen. Die Gesetzesvorlagen, die dem Reichstag vorgelegt und dort besprochen wurden, enthielten eher mäßige Eingriffe des Staates, bauten auf ausgereiften Ideen und praktischen Mechanismen auf und konnten so genügend Abgeordnete des Zentrums, der liberalen und konservativen Parteien überzeugen (Grimmer-Solem 2003, S. 210–19). Das dezentralisierte, auf Selbstverwaltung fußende System der Krankenkassen und der Unfallversicherung war am Ende weit von Bismarcks ursprünglichen Vorstellungen entfernt. Die Alters- und Hinterbliebenenversicherung – Bismarcks Hauptstrategie zur „bonapartistischen“ Bindung der Arbeiterschaft an den Staat – wurde größtenteils durch

Arbeiterbeiträge finanziert. Bismarck hat sich später in seinen Erinnerungen fast völlig von der Sozialgesetzgebung distanziert und bezeichnete sie abwertend als unterschobene Kinder ungehorsamer Beamter wie Boetticher und Lohmann (Bismarck 1898–1919, S. 607–12; vgl. Machtan 1994 und Mierzejewski 2016).

Auf anderen Gebieten der Sozialpolitik, auf denen sich der Verein früh engagiert hatte, wie in der Behebung der Wohnungsnot oder in der Handwerkerfrage (Modernisierung des Lehrlingswesens und der Gewerbeschulen), wurde vor 1918 auf Reichsebene wenig, in den Ländern und Kommunen dagegen einiges erreicht. Vielleicht den beachtlichsten Erfolg erzielte die kommunale Arbeitsverwaltung, und zwar bei der Vermittlung von Lehrlingsstellen in der Industrie an auszubildende Schulabgänger. Dieses System wurde im Weltkrieg (Hilfsdienstgesetz 1916) und dann später in der Weimarer Republik rasch ausgebaut und entwickelte sich zur wichtigsten Institution zur Versorgung der deutschen Industrie mit kompetenten Fachkräften (Meskill 2010).

Bei aller Anerkennung dieser Beiträge zur Sozialpolitik blieben andere wichtige Ziele des Vereins lange unerreicht. Die Verschärfung der betrieblichen Unfallhaftung sowie die Verwirklichung der Fabrikinspektion und der Fabrikgesetzgebung – zwei Hauptanliegen des Vereins vor 1918 – wurden infolge der Versicherungslösungen für Krankheit und Unfälle vom Reich vernachlässigt. Auch wenn verletzte Arbeiter oder ihre Hinterbliebenen nunmehr pensionsberechtigt waren, blieb Deutschland im europäischen Vergleich in der Fabrikinspektion sowie in Fragen der Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz rückständig. Auch in der Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft in Tarifverhandlungen und in Streikaktionen – wofür der Verein schon zum Zeitpunkt seiner Gründung plädierte – hinkte Deutschland weit hinter anderen Staaten wie Großbritannien her. Die auffälligste Lücke in der deutschen Sozialversicherung war und blieb vor 1918 die Arbeitslosenversicherung, die erst in der Weimarer Zeit eingeführt wurde (Hennock 1987, Kesten-Conrad 1906, S. 82–157, Moses 2018 und Ritter 1986). In der Gesamtschau ergibt sich also bezüglich des Einflusses des Vereins auf die Sozialgesetzgebung vor 1918 ein gemischtes Bild.

4 Kontroversen, Richtungskämpfe und der Weltkrieg

Der Verein hatte in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz den Anspruch, wissenschaftliche Einsichten und überparteiliche Positionen zu vertreten, die jedoch immer

prinzipiell normativ und politisch waren. Diesen Widerspruch hatten sozialdemokratische Kritiker schon früh erkannt, vor der Jahrhundertwende hatten ihn Männer wie Schmoller und Wagner aber kaum wahrgenommen oder als problematisch empfunden. Als unvoreingenommener Vertreter der Wissenschaft und des allgemeinen Wohls sprechen zu wollen, entsprach dem Selbstverständnis deutscher Bildungsbürger dieser Zeit, das von Traditionen des Staatsdienstes im aufgeklärten Absolutismus geprägt und in den Staatswissenschaften tief verankert war. Demnach verschafften die humanistische Allgemeinbildung und die beamtete Stellung der Professorenschaft an der Universität die erforderliche Gesittung und Autonomie, um das Gemeinwohl zu erkennen und zu fördern, denn man sah sich über egoistische Einzel- und Klasseninteressen enthoben (siehe hierzu Ringer 1969 sowie vom Bruch 1980 und 1989). Ein wachsender Kreis von Kritikern stellte diese angeblich neutrale Rolle ab 1890 jedoch in Frage.

Nach Bismarcks Entlassung 1890 standen die Aussichten für konsequentere Arbeiterschutzmaßnahmen günstiger – eine Wende, die der Verein guthieß. In den Jahren 1890 und 1891 verabschiedete der Reichstag Gesetze, die den Sonntag als Ruhetag schützten sowie den Arbeitstag von Jugendlichen und Frauen kürzten. Zudem wurde die Gewerbeaufsicht gestärkt und man führte Gewerbeberichte ein, die Streitigkeiten im Arbeitsrecht schlichten sollten. Im Jahr 1892 traten neue Gesetze in Kraft, die Bergarbeitern ein Mitbestimmungsrecht über Arbeitsregeln gaben und eine Kommission für Arbeiterstatistik einrichteten. Diese und andere Maßnahmen, das Ablaufen des Sozialistengesetzes 1890 und die darauf folgende Zunahme sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstag mobilisierten aber auch eine starke Reaktion der Arbeitgeber gegen diesen „neuen Kurs“. Dies führte 1896 zum Amtsrücktritt Boettichers, Lohmanns und anderer Reformen. Auch verließen nunmehr viele Unternehmer den Verein. Schmoller und seine Kollegen gerieten ins Visier scharfer Kritik sowohl in der Presse als auch im preußischen Landtag und im Reichstag, wo die Industriellen Carl v. Stumm und Octavio Zedlitz-Neukirch vehement gegen den „pseudowissenschaftlichen“ Kathedersozialismus polemisierten (Grimmer-Solem 2003, S. 53, Lindenlaub 1967, S. 44–83, und McClellan 2022, S. 70–79).

Die problematische Tarnung normativer politischer Präferenzen hinter dem Begriff „Wissenschaft“, das Fehlen ausreichender theoretischer Grundlagen für die Sozialforschung und die Staatsgläubigkeit eines älteren Flügels des Vereins wurden von jüngeren Mitgliedern des Vereins wie Friedrich Naumann, Werner Sombart und Max Weber moniert und nach 1900 zunehmend auch auf den Vereinstagungen thematisiert. Der lange amtierende Vorsitzende

Schmoller bekam diese Kritik besonders stark zu spüren. Bei einer Besprechung über das Verhältnis der Kartelle zum Staat auf der Mannheimer Tagung 1905 kam es zu einem Bruch zwischen Schmoller auf der einen sowie Naumann und Weber auf der anderen Seite. Diese Kontroverse wurde in aller Öffentlichkeit in Zeitungsartikeln ausgetragen und führte zu einer tiefen Spaltung des Vereins. Sie drehte sich um die Rolle des Staates in der Wirtschaft und die Zulässigkeit wertender Urteile in der Nationalökonomie. Sie kochte in den folgenden Jahren immer wieder auf; ihren Höhepunkt erreichte sie auf der Wiener Tagung 1909 und später auf einer erweiterten Ausschusssitzung in Berlin im Januar 1914. Dabei wurde zunehmend in Frage gestellt, ob der Verein als wissenschaftliche Organisation sich überhaupt mit Sozialpolitik beschäftigen sollte (Boese 1939, S. 103–48, Lindenlaub 1967, S. 385–443, McClellan 2022, S. 88–119, und Nau 1996, S. 9–64).³ Zudem erkundeten andere Gelehrte die unerwünschten Folgen der Sozialpolitik, beispielsweise der Berliner Nationalökonom Ludwig Bernhard, der die übertriebene Regelung privater Betriebe, den Kampf um die Versicherungsrente und den parteipolitischen Missbrauch sozialpolitischer Einrichtungen kritisierte (Bernhard 1912).

Der Weltkrieg kühlte den „Werturteilsstreit“ ab. Nun richtete man den Blick auf die Idee eines mitteleuropäischen Zollvereins („Mitteleuropa“), was erneut durch die deutsche Kriegszielpolitik angeregt wurde. Der Ausschuss griff dieses Thema schon im März 1915 auf und gab einer großen Gruppe deutscher und österreichischer Mitglieder dazu einen Forschungsauftrag. Schließlich sprach man im April 1916 im Ausschuss darüber – eine Tagung in größerem Umfang war wegen des Kriegs unmöglich. Der Weltkrieg verschärfte die schon länger schwelenden Probleme der Reichsfinanzen, die im Laufe des Kriegs immer ominöser wurden und so auch zum Forschungsthema des Vereins avancierten. Dabei wurde insbesondere erkundet, wie die massive Kriegsschuld durch Vermögensabgaben und erhöhte Steuern beglichen werden könnte und wie eine dafür nötige Finanzreform aussehen könne. Diese Studie war die letzte, die der Verein vor Ende des Kriegs unternahm; sie wurde in einer erweiterten Ausschusssitzung im April 1918 besprochen (Boese 1939, S. 149–55, und McClellan 2022, S. 121–59).⁴

5 Die Schriften des Vereins für Socialpolitik und ihre Bedeutung für die Sozialwissenschaften

Die Gutachten, Enqueten, empirischen Studien, Referate und Stenogramme der Verhandlungen, Debatten und Beschlüsse der Tagungen wurden in der Reihe „Schriften des Vereins für Socialpolitik“ veröffentlicht.⁵ Bis 1918 hatte es diese Schriftenreihe auf insgesamt 150 Bände gebracht, viele davon aus mehreren Teilbänden bestehend. Die ersten rund 100 Bände bis 1900 waren vorwiegend den Hauptthemen der damaligen sozialen Frage gewidmet, insbesondere (1) der Arbeiterfrage (Wohnungsnot, Gewerkschaften, Arbeits-einstellung, Tarifverhandlungen, Einigungsämter, Schiedsgerichte, Fabrikgesetzgebung, Unfallversicherung, Alters-, Invaliden- und Krankenkassen), (2) der Auswanderung und der Auswanderungspolitik, (3) den Handwerkern und Heimarbeitern (Lehrlingswesen, gewerbliche Fortbildungswesen, Hausindustrie, Heimarbeit und Hausierergewerbe), (4) der Agrarfrage (landwirtschaftliche Zustände, Erhaltung des bäuerlichen Grundeigentums, Erbrecht und Wanderarbeiter) sowie (5) den Steuern und Zöllen (Einkommen-, Grund- und Erbschaftsteuern, Zölle und Handelspolitik).

Um die Jahrhundertwende wuchsen die Themenfelder der Untersuchungen und der in den Tagungen des Vereins besprochenen Fragen rasch an. Die Enqueten und Untersuchungen entwickelten sich zu immer größeren koordinierten Forschungsprojekten, die sich oft über mehrere Jahre ausdehnten und erhebliche Mittel kosteten. Zu den Themen, die in dieser Zeit untersucht und in Schriften des Vereins veröffentlicht wurden, zählten: (1) Berufswahl und Berufsschicksal industrieller Arbeiter, (2) Städte- und Gemeindeverfassung, Gemeindefinanzen, -verwaltung und -betriebe, (3) Kartelle und Trusts, (4) Preisbildung, (5) Produktivität der Wirtschaft, (6) Störungen des Wirtschaftslebens, (7) das Volkssparwesen und (8) der Zwischenhandel. Um ein genaueres Bild über den großen Umfang einiger dieser Studien zu geben, kann das Beispiel der Untersuchung über die Preisbildung genannt werden, welche nicht weniger als zehn Bände (Bde. 139–46, 148 f.) mit 26 verschiedenen Teilen umfasste; daran waren mehr als 50 Autoren beteiligt. Die Preise fast aller landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse von Milch bis Steinkohle und die damit verbundenen Lebenshaltungskosten wurden auf akribische Weise untersucht. Ein weiteres Bei-

³ Zu den Positionen im Werturteilsstreit Nau 1996, S. 65–200.

⁴ Zu Schmoller und anderen Vereinsmitgliedern im Ersten Weltkrieg siehe Grimmer-Solem 2019, S. 494–591, und Krüger 1983, S. 118–250.

⁵ Bis 1909 war die Schreibweise dieser Schriftenreihe „Schriften des Vereins für Socialpolitik“. Von 1910 bis 1939 war sie „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“.

spiel ist die umfangreiche Studie über die Ansiedlung von Europäern in den Tropen (Bd. 147), die der Verein noch kurz vor dem Ersten Weltkrieg und im Bann des damaligen Imperialismus unternahm. Sie wurde in mehreren Teilen über vier Jahre hinweg veröffentlicht und beschäftigte sich mit der Anpassung weißer Siedler in verschiedenen tropischen Erdteilen, unter anderem auch die deutschen Siedler in Brasilien.

Wie erklärt sich diese Ausdehnung der Forschungsfelder eines Vereins, der sich ursprünglich vorwiegend mit der sozialen Frage beschäftigt hatte? Die Vermutung liegt nahe, dass es sich hier um eine „Autopoiesis“ des Wissensbetriebes (Niklas Luhmann) gehandelt habe, bei der Untersuchungen über soziale Fragen immer neue Wissenslücken aufdeckten und den Bereich des Wissenswerten in nahezu selbstständiger Weise weiter ausdehnten, unabhängig davon, ob diese neuen Themen ins Organisationssystem der damaligen Nationalökonomie zu integrieren waren oder ein sozialpolitisches Eingreifen rechtfertigen konnten (Luhmann 1992, S. 128). Einige zeitgenössische Kritiker wie Karl Diehl (1909) sahen im Ansammeln dieses empirischen Materials ohne leitendes theoretisches Gerüst einen Irrweg Schmoller'scher Prägung. Auch wenn diese Kritik eine gewisse Berechtigung hatte und sich der Verein in seinen großen Forschungsprojekten manchmal verzettelte, ist es verdienstvoll, dass er ein reichhaltiges, komplexes Bild des Sozialen aufgezeigt und ein besseres Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpolitik ermöglicht hat. Der deutsche Sozialstaat um 1914 mit seinen vielen Verordnungen und Institutionen zur Versicherung gegen Krankheit, Unfälle, Alter und Invalidität – Einrichtungen, die bahnbrechend waren, im Ausland viel Bewunderung genossen und zur Nachahmung animierten – hätte niemals seine Formen und Dimensionen annehmen können ohne den Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten eines sozialreformerischen Kurses in der Politik und ohne die koordinierte Forschungsarbeit und die ausgearbeiteten Reformvorschläge des Vereins. Darüber hinaus inspirierte der Verein mit seiner Arbeit und mit seinen unzweifelhaften praktischen Erfolgen ähnliche Einrichtungen im Ausland, wie zum Beispiel die „American Economic Association“ oder den japanischen „Nihon shakai seisaku gakkei“, die beide explizit am deutschen Vorbild anknüpften (Kreis und Schefold 2012 sowie Rodgers 1998, S. 97–101).

Gleichzeitig kann man in der Forschungstätigkeit des Vereins vor 1918 eine „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ feststellen (Lutz Rafael): Die ständige Ausdehnung der Themenfelder erfand und rechtfertigte bald neue Wissenszweige mit eigenen Begriffen und Methoden, beispielsweise die Soziologie, an deren Gründung prominente Vereinsmitglieder wie Werner Sombart, Ferdinand Toennies und

Max Weber ausschlaggebend beteiligt waren (Rafael 1996, Lenger 1994 und Kaesler 2014). Diese wissenschaftliche Ausdifferenzierung führte aber auch dazu, die Nationalökonomie von den anderen Sozialwissenschaften abzugrenzen und sich zunehmend auf rein wirtschaftliche Themen zu beschränken. Diese Entwicklung machte sich nach dem Ersten Weltkrieg besonders stark bemerkbar (Häuser 1994 und Köster 2011). Die älteren, noch aus dem Kameralismus stammenden Staatswissenschaften, die in ihrer thematischen Breite und Praxisnähe wichtige Impulse für die Forschungsarbeit des Vereins gegeben hatten, verschwanden dabei allmählich. So wurde auch der Verein für Socialpolitik nach 1918 zunehmend ein wirtschaftswissenschaftlicher Fachverband, der sich aus der eigentlichen Sozialpolitik zurückzog.

Literaturverzeichnis

- Bernhard, L. (1912), *Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik*, Berlin, Springer.
- Boese, F. (1939), *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872–1932*, Berlin, Duncker & Humblot.
- Bismarck, O. v. (1898–1919), *Gedanken und Erinnerungen*, Stuttgart und Berlin, Cotta.
- Brentano, L. (1871), *Die Arbeitergilden der Gegenwart*, Leipzig, Duncker & Humblot.
- Brentano, L. (1923), Zum Jubiläum des Vereins für Sozialpolitik 1872–1922, in: Ständiger Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik (Hrsg.), *Verhandlungen der Generalversammlung in Eisenach 20. und 21. September 1922*, Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 163, München und Leipzig, Duncker & Humblot, S. 1–22.
- Brentano, L. (1931), *Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands*, Jena, Diederichs.
- Bruch, R. vom (1980), *Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung*, Husum, Mathiesen.
- Bruch, R. vom (1989), Nationalökonomie zwischen Wissenschaft und öffentlicher Meinung im Spiegel Gustav Schmollers, in: P. Schiera und F. H. Tenbruck (Hrsg.), *Gustav Schmoller e il suo tempo/ Gustav Schmoller in seiner Zeit*, Bologna, Società editrice il Mulino, S. 153–80.
- Conze, W. (1968), Vom „Pöbel“ zum „Proletariat“, in: H.-U. Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln und Berlin, Kiepenheuer & Witsch, S. 111–36.
- Diehl, K. (1909), Die Bedeutung der wissenschaftlichen Nationalökonomie für die praktische Wirtschaftspolitik, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 92, S. 289–315.
- Eckardt, J. v. (1910), *Lebenserinnerungen*, Leipzig, Hirzel.
- Gorges, I. (1986), *Sozialforschung in Deutschland 1872–1914*, Frankfurt a.M., Anton Hain.
- Grimmer-Solem, E. (2003), *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany 1864–1894*, Oxford, Clarendon Press.
- Grimmer-Solem, E. (2019), *Learning Empire*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Häuser, K. (1994), Das Ende der Historischen Schule und die Ambiguität der deutschen Nationalökonomie in den zwanziger Jahren, in:

- K. W. Nörr, B. Schefold und F. H. Tenbruck (Hrsg.), *Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik*, Stuttgart, Steiner, S. 47–74.
- Henock, E. P. (1987), *British Social Reform and German Precedents*, Oxford, Clarendon Press.
- Hentschel, V. (1975), *Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongress 1858 bis 1865*, Stuttgart, Klett.
- Herold, J. (2019), *Der junge Gustav Schmoller*, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kaesler, D. (2014), *Max Weber*, München, C.H. Beck.
- Kesten-Conrad, E. (1906), *Der Verein für Sozialpolitik und seine Wirksamkeit auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeiterfrage*, Jena, Gustav Fischer.
- Kesten-Conrad, E. (1911), Verein für Sozialpolitik, in: J. Conrad et al. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* Bd. 8, Jena, Gustav Fischer, S. 144–52.
- Knapp, G. F. (1927), *Aus der Jugend eines deutschen Gelehrten*, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.
- Köster, R. (2011), *Die Wissenschaft der Außenseiter*, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kreis, H. und B. Schefold (2012), Die Einführung des Gedankenguts der deutschen Historischen Schule in Japan, in: H. D. Kurz (Hrsg.), *Der Einfluss deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Denkens in Japan*, Berlin, Duncker & Humblot, S. 29–46.
- Krüger, D. (1983), *Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland*, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lenger, F. (1994), *Werner Sombart 1863–1941*, München, C.H. Beck.
- Lindenfeld, D. F. (1997), *The Practical Imagination*, Chicago und London, University of Chicago Press.
- Lindenlaub, D. (1967), *Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik*, Wiesbaden, Franz Steiner.
- Ludwig-Wolf, L. (1923), Wie ich nach Eisenach kam, und was ich dort fand, in: Ständiger Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik (Hrsg.), *Verhandlungen der Generalversammlung in Eisenach 20. und 21. September 1922*, Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 163, München und Leipzig, Duncker & Humblot, S. 39–54.
- Luhmann, N. (1992), *Die Wissenschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Machtan, L. (Hrsg.) (1994), *Bismarcks Sozialstaat*, Frankfurt a.M. und New York, Campus.
- McClellan, S. L. (2022), *German Economists and the Intersection of Science and Politics*, Dissertation, University of Toronto.
- Meskill, D. (2010), *Optimizing the German Workforce*, New York, Berghahn.
- Mierzejewski, A. C. (2016), *A History of the German Public Pension System*, Lanham, Lexington.
- Moses, J. (2018), *The First Modern Risk*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Nau, H. H. (Hrsg.) (1996), *Der Werturteilsstreit*, Marburg, Metropolis.
- Plessen, M.-L. v. (1975), *Die Wirksamkeit des Vereins für Sozialpolitik von 1872–1890*, Berlin, Duncker & Humblot.
- Rafael, L. (1996), Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, *Geschichte und Gesellschaft* 22, S. 165–93.
- Ringer, F. (1969), *The Decline of the German Mandarins*, Cambridge, Harvard University Press.
- Ritter, G. A. (1986), *Social Welfare in Germany and Britain*, Leamington Spa und New York, Berg.
- Rodgers, D. T. (1998), *Atlantic Crossings*, Cambridge, Harvard University Press.
- Schmoller, G. (1864–65), Die Arbeiterfrage, *Preußische Jahrbücher* 14(4–5), S. 393–424 und 523–47, sowie 15(1), S. 32–63.
- Schmoller, G. (1870a), *Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert*, Halle, Buchhandlung des Waisenhauses.
- Schmoller, G. (1870b), Ein Wort über den neuen Organisationsplan für die preußischen Provinzial-Gewerbeschulen, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 15, S. 268–74.
- Schmoller, G. (1920), Sinn und Wert des unparteiischen Studiums der sozialen Frage, in: L. Schmoller (Hrsg.), *Zwanzig Jahre Deutscher Politik*, München und Leipzig, Duncker & Humblot, S. 21–50.
- Schneider, M. C. (2013), *Wissensproduktion im Staat*, Frankfurt a.M. und New York, Campus.
- Schönberg, G. F. (1871), *Arbeitsämter*, Berlin, J. Guttentag.
- Tribe, K. (1988), *Governing Economy*, Cambridge, Cambridge University Press.